

„Das Türkei-EU-Abkommen und die Rolle der EU in den libanesischen Medien“

- Nina Schad

Vorgeschlagene Zitierweise:

Schad, Nina, „Das Türkei-EU-Abkommen und die Rolle der EU in den libanesischen Medien.“ *Projekt: Der Krieg in Syrien aus arabischer und türkischer Perspektive*. Albert-Ludwigs-Universität Freiburg - Orientalisches Seminar (SoSe 2016). <http://www.orient.uni-freiburg.de/syrienprojekt/schad>.

Abstract

Das bislang umstrittene Türkei-EU-Abkommen, vom 18.März, gewann durch die jüngsten Ereignisse in der Türkei an erneuter Medienpräsenz und spielt in dem sich aktuell verschlechternden Verhältnis zwischen der Türkei und der EU eine bedeutende Rolle. Anhand eines Kommentars der libanesischen Tageszeitung An-Nahār, der sich mit dem Türkei-EU-Abkommen und dessen Auswirkungen auf den Libanon beschäftigt, wird die mediale Wahrnehmung der Rolle der EU im Libanon dargestellt. Während libanesische Politiker keine besonderen Auswirkungen des Abkommens für ihr Land erwarten, werden beide Parteien des Abkommens aufgrund ihres eigennützigem Vorgehens kritisiert. Hierin zeigen sich das Selbstbild eines schwachen Staates, der auf finanzielle Hilfe von außen angewiesen ist und die Wahrnehmung der EU als wirtschaftsstarke Macht, die in die Verantwortung zur finanziellen Unterstützung Libanons gezogen wird. Die politische Agenda der EU, insbesondere ihre Maßnahmen zur Demokratieförderung und Stabilisierung der Sicherheit in der Region wird weitestgehend als uneinheitlich und ineffektiv wahrgenommen.

Übersetzung Zeitungsartikel – „هل يرتد اتفاق تركيا - أوروبا على لبنان؟“

Von: Muhammad Namar, erschienen am: 23.03.2016.¹

Der folgende – aus dem arabischen übersetzte – Artikel erschien online auf der Homepage der libanesischen Tageszeitung An-Nahār. Thema des Artikels ist das am 18.03.2016 beschlossene Türkei-EU-Abkommen zur Regulierung der Fluchtbewegungen und insbesondere dessen Auswirkungen für den Libanon.

¹ <http://www.annahar.com/article/339716-هل-يرتد-اتفاق-تركيا-اوروبا-على-لبنان>

Hat das Türkei-EU-Abkommen Auswirkungen auf den Libanon?

Der Türkei, die mehr als zwei Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen hat, gelang es sich ein Abkommen mit der EU zu erschleichen. Durch das Abkommen soll der lebensbedrohlichen Flucht² von den Küsten der Türkei nach Europa ein Ende gesetzt werden, als Gegenleistung für einen Geldbetrag (3 Milliarden €), sowie politische Vorteile für Ankara und die türkischen Staatsbürger. Hingegen fleht der kleine und schwache Libanon, der fast eineinhalb Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen hat, die internationale Gemeinschaft immer noch um ihre versprochene Hilfe an.

Seit den Anschlägen in Paris werden die syrischen Flüchtlinge von einigen Europäern als terroristisches Projekt betrachtet. Außerdem wurden sie zu einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belastung für die [entsprechenden] Staaten – insbesondere angesichts der wachsenden rechtsextremistischen Bewegungen. Die Umsetzung der Vereinbarung gestaltet sich nach Ansicht von Experten nach wie vor als schwierig, vor allem hinsichtlich der Rücksendung einer Anzahl von Auswanderern in die Türkei. Als Gegenleistung für jeden in die Türkei zurückgesandten Flüchtling soll ein syrischer Flüchtling in Europa beheimatet werden. Griechenland bleibt trotz des Beginns der Umsetzung des Abkommens besorgt, dass die Fluchtbewegung mit Booten weiter anhält. Grund hierfür sind die Erwartungen, dass das Phänomen, aufgrund des stabileren Wetters und der ruhigeren See im Frühling, erneut an Größe gewinnt.

Mit dem Besuch der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, im Libanon, kam die Rede wieder auf die Krise der syrischen Flüchtlinge im Libanon und die Möglichkeiten Hilfsleistungen zu beziehen. Denn der Libanon profitierte während der letzten vier Jahre von 3,2 Milliarden US-\$, wobei die Asylkosten und die Kosten für die Syrienkrise seit 2011 bei etwa 20 Milliarden US-\$ lagen. Erlebt der Libanon in Folge des Türkei-Europa Abkommens und der Schließung illegaler Grenzübergänge eine neue Migrationswelle? Wie wirkt sich die Vereinbarung auf ihn aus? Ist der Libanon in der Lage eine ähnliche Vereinbarung abzuschließen? – wo doch Mogherini indirekt auf die nicht stattfindende Ausweisung der Flüchtlinge hinwies und betonte, dass das Angebot der versprochenen Hilfe erfüllt werden wird, wofür sie jedoch weder ein Datum noch eine Summe festlegte.

² Im arabischen Original wird hier das Wort „riḥla“ (رحلة) verwendet, was eigentlich Reise bedeutet.

Nach Angaben des [libanesischen]³ Sozialministers, Rašīd Derbās, gab es keine neuen "Asylwellen" im Libanon. Er versicherte der "An-Nahār", dass das Abkommen zwischen der Türkei und der EU keine Auswirkungen auf den Libanon habe. Außerdem sprach er von seiner Teilnahme an der Konferenz in Genf gegen Ende des Monats, wo es um „eine Neuansiedlung der Flüchtlinge in Drittstaaten, anstelle von Asylländern und Transitländern, wie dem Libanon“, gehen soll.

Derbās sagte: "Wir werden über die Unterstützung Libanons durch Hilfsleistungen sprechen, und treffen uns heute außerdem mit dem Regierungschef bezüglich der Konferenz in London und anschließend mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon." Er fügte hinzu: "Eine ähnliche Vereinbarung zwischen dem Libanon und Europa ist keine Option. Unsere grundlegende Absicht ist die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Länder."

Auswirkungen

Ebenso versichert der Wirtschaftsexperte Ghāzī Waznī, dass die Auswirkungen des Türkei-EU Abkommens auf den Libanon sehr begrenzt seien, da die Türkei versuche in diesem Abkommen über finanzielle Förderung von der EU (3 Milliarden €), Visafreiheit für die türkischen Bürger oder den Beitritt der Türkei in die EU zu verhandeln. Sie nutze also die Situation der syrischen Flüchtlinge für eigene wirtschaftliche, finanzielle und politische Interessen aus.

Waznī macht darauf aufmerksam, dass „die Anzahl der syrischen Flüchtlinge außerhalb Syriens etwa 4 ½ Millionen beträgt. Zwei Millionen davon sind in der Türkei, während die Zahl der Registrierten im Libanon 1.180.000 umfasst (bzw. 1½ Mio. inklusive der Nicht-registrierten) und 800.000 in Jordanien. Der Libanon fasste den Beschluss, die Einreise nicht zu erleichtern und eine Obergrenze einzuführen. Diese Maßnahme vor einem Jahr wirkte sich bis jetzt positiv aus. Die Zahlen des UNHCR zeigten keine bemerkenswerte Zunahme, sondern erwiesen sich als stabil. Infolgedessen hat die syrische Emigration ihren höchsten Punkt bereits erreicht.

Werden die syrischen Flüchtlinge nach dem Abkommen anstatt in der Türkei wieder im Libanon als erste Station Zuflucht suchen? Waznī negiert diese Frage; dies sei ihnen nicht möglich, vor allem weil der Libanon eigene Grenzkontrollen durchführe und die syrische Einwanderung an Bedingungen gebunden wurde. Er verwies darauf, dass der Libanon zwischen 2011 und 2015 eine Politik der offenen Grenzen vertrat, was zu einer starken und

³ Anmerkung der Übersetzerin.

unkontrollierten Zunahme der Anzahl der Flüchtlinge führte. Seitdem die Einreise jedoch begrenzt wurde, gebe es keine Möglichkeit der Zunahme der ohnehin schon hohen Anzahl mehr.

Bezüglich der Frage nach einer ähnlichen Vereinbarung zwischen dem Libanon und Europa sagte Waznī, dass die EU die syrischen Flüchtlinge zu Beginn willkommen hieß. Als es sich jedoch um hunderttausende handelte, wurde den europäischen Staaten klar, dass sie nicht mehr in der Lage waren, diese Massen aufzunehmen. Ferner – so Waznī – seien die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten für diesen Akt enorm. Also entschieden sie, das Willkommensprojekt zu stoppen, und sahen die Lösung darin, die Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern zu belassen. Die Türkei konnte das Abkommen also erlangen, da sie das Durchgangstor zu Europa ist. Der Libanon hingegen ist kein Durchgangstor – wer sich von dort aus auf den Weg nach Europa begeben möchte, muss zuerst Zypern oder Griechenland erreichen. Die Macht der Türkei liegt also in ihren weitläufigen Grenzen mit Griechenland und sie gilt als Tor in die EU, während der Libanon zwar illegale Auswanderung erlebte, die jedoch gering war.

Trotzdem folgert Waznī, dass es der libanesischen Regierung obliegt sich das Phänomen der illegalen Auswanderung nutzbar zu machen, ähnlich wie es die Türkei unternommen hat – selbst wenn der Libanon weniger bekommen wird. Diese Angelegenheit müsse für die Forderung nach mehr finanzieller Unterstützung des Libanons genutzt werden. Dabei bemerkt Waznī, dass „dem Libanon nur eine sehr geringe Unterstützung zugutekam. Zwischen 2011 und 2015 erhielt der Libanon 3.2 Milliarden US-\$. Die Regierung forderte 2016 2,4 Milliarden US-\$, wird aber mit Sicherheit weniger als eine Milliarde erhalten. Das ist nicht genug, da die syrische Emigration den Libanon jährlich direkt und indirekt 4.5 Milliarden US-\$ kostet. Die Kosten der Vertreibung und die der syrischen Krise betragen seit 2011 etwa 20 Milliarden US-\$. Dies bedeutet, dass der Libanon weder finanziell noch gesellschaftlich in der Lage ist die Krise zu tragen.“

Einleitung

Angesichts der aktuellen Ereignisse in der Türkei gewinnt das bislang umstrittene Türkei-EU Abkommen an erneuter Brisanz und Aktualität. Der gescheiterte Putschversuch in der Türkei und die darauffolgenden restriktiven Maßnahmen der Erdoğan-Regierung, vor allem zahlreiche Festnahmen und Inhaftierungen türkischer Beamter, ließen die Diskussionen um das umstrittene Abkommen wieder neu aufkommen.

Der Zusammenhang (des Kommentars) zum Syrienkonflikt besteht vor allem in der aus ihm resultierenden „Flüchtlingskrise“ und damit dessen Auswirkungen auf internationaler Ebene, sowohl im politischen als auch gesellschaftlichen Bereich.

„Oberstes außenpolitisches Ziel [des Libanon] ist es zu verhindern, dass die unterschiedlichen Konfliktparteien den syrischen Bürgerkrieg in den Libanon tragen. Doch die ansteigende Zahl an syrischen Flüchtlingen bergen ein immenses Konfliktpotential [...]“ (Munoz-Perez/Phil 2015: 185).

Libanesische Medien

Entsprechend der konfessionellen und ausgeprägten ethnischen Heterogenität des Libanon, die in der Geschichte des Staates bereits zu zahlreichen Konflikten führte, ist auch die Medienlandschaft sehr vielfältig und differenziert. Die meisten Medien im Libanon sind im Besitz lokaler oder regionaler Kräfte bzw. werden von ihnen geführt oder finanziell unterstützt (Dabbous 2010: 722). So dienen die Medien den einzelnen Parteien bzw. den verschiedenen Fraktionen als öffentliches Sprachrohr. Sie sind also immer parteiisch und repräsentieren in ihrer jeweiligen Zugehörigkeit die Spaltung in zwei große Fraktionen, die anti-syrische „14. März-Allianz“ und die pro-syrische „8. März-Allianz“, die sich nach dem Abzug der syrischen Besatzungsmacht 2005 und der Ermordung Rafiq al-Hariris bildeten (Munoz-Perez/Phil 2015: 184, Dabbous 2010: 719-724). Im Libanon lassen sich 110 lizenzierte politische Publikationen ausmachen, die in ihrer Qualität stark differieren (Dajani 2013: 2).

Die Tageszeitung An-Nahār und der Autor des Artikels

Die Tageszeitung An-Nahār gilt zusammen mit der As-Safīr als Meinungsführer und eine der auflagenstärksten Tageszeitungen im Libanon, wobei zu erwähnen ist, dass die Auflagenzahlen libanesischer Zeitungen vergleichsweise gering ausfallen. Die auflagenstärksten Zeitungen kommen auf höchstens 10.000 und durchschnittlich 7.000-8.000 Exemplare (Nötzold 2015: 219).

Die An-Nahār war von Anfang an ein Familienunternehmen, das 1933 von Dschibran Tuēni gegründet wurde. Später übernahmen sein Sohn Ghassan und sein Enkel Dschibran erfolgreich die Leitung der Tageszeitung. Die An-Nahār ist in ihrer religiösen Ausrichtung griechisch-orthodox, politisch gilt sie als unabhängig moderat und mehr als alle anderen Zeitungen als Syrien-kritisch. Sie wird auch heute noch vornehmlich von einer christlichen Leserschaft rezipiert (Rugh 2004: 91f, Müller-Funk 2010: 49).

Im Herbst 1976 besetzten die syrischen Truppen der ADF (*Arab Deterrent Forces*) mehrere

Nachrichtenagenturen, unter anderem das Büro der An-Nahār und der pro-libanesischen Tageszeitung As-Safīr. Schon nach einigen Wochen war es den verbotenen Zeitungen wieder möglich zu veröffentlichen, zeitgleich hatte die syrische Regierung ihnen jedoch eine Vorzensur auferlegt (Rugh 2004: 95). Im Zuge der Proteste gegen die syrische Besatzungsmacht kam es vermehrt zu politisch motivierten Morden an Journalisten, darunter auch der An-Nahār Journalist, Samir Kassir und der An-Nahār Chefredakteur Dschibran Tueni (Dezember 2005). Aufgrund der kritischen Haltung Tuenis gegenüber der syrischen Präsenz im Libanon gehen viele davon aus, dass Syrien für die Anschläge verantwortlich ist. Infolge des Mordes an Dschibran übernahm sein 81-jähriger Vater erneut die Leitung der Zeitung. In den 1990er Jahren verlor die An-Nahār mit der Mitgliedschaft des Verlegers in der Regierung in ihrer oppositionellen Rolle an Gewicht. Während sie heute die Hizbollah-Opposition publizistisch zwar unterstützt, fungiert sie doch als Sprachrohr der prowestlichen Regierungskräfte. Die Tageszeitung ist dem 14.März-Bündnis zuzuordnen (Müller-Funk 2010: 48). Die Leserschaft der An-Nahār gehört dementsprechend zur anti-syrischen parlamentarischen Mehrheit, von den USA, der EU und den arabischen Golfstaaten unterstützt (Santini et al. 2010: 61).

Mohammad Namar, der Autor des vorliegenden Artikels, schreibt vor allem in den Rubriken „Politik“, „Die Arabische Welt“ und „Lokales“.

Einordnung des Artikels/Anmerkungen

Der Artikel ist durch die Zwischenüberschrift „Auswirkungen“ in zwei große Abschnitte eingeteilt, wobei darin mehrere Sinnabschnitte auszumachen sind. Grundsätzlich ist anzumerken, dass der Artikel verschiedene Fragen stellt, die vor allem die Auswirkungen des Türkei-EU Abkommens für die Situation bzw. Anzahl der Flüchtlinge im Libanon und die Möglichkeit, eine ähnliche Vereinbarung mit der EU auszuhandeln, betreffen und anhand von Zitaten des libanesischen Sozialministers Rašīd Derbās und des Wirtschaftsexperten Ghāzī Waznī beantwortet werden. In der Auswahl der Personen, die zu Wort kommen, lässt sich die zuvor erwähnte Nähe der Zeitung zum libanesischen Parlament erkennen.

Gleich zu Beginn des Kommentars stellt der Autor, Muhammad Namar, den Libanon im Vergleich zur Türkei als ein kleines und schwaches Land dar, das die internationale Gemeinschaft vergeblich um Hilfe anfleht. Das Türkei-EU-Abkommen wird an dieser Stelle eher negativ bewertet; so heißt es, die Türkei habe sich das Abkommen und die damit zusammenhängenden finanziellen Zusagen und politische Annäherung der EU „erschlichen“.

Das hierfür verwendete arabische Verb *ḥaṭafa* ist sehr negativ konnotiert und bedeutet so viel wie „rauben“ oder „jmdn. etw. entreißen“.

Im darauffolgenden Teilabschnitt geht der Autor auf die Anschläge in Paris und deren Auswirkungen auf Europa ein, die sich für ihn vor allem in der Wahrnehmung der syrischen Flüchtlinge als Terroristen sowie als wirtschaftliche und gesellschaftliche Belastung und in der damit zusammenhängenden wachsenden rechtsextremen Szene in einzelnen europäischen Staaten manifestieren. Der Autor nimmt demnach auch Bezug zu den Entwicklungen innerhalb Europas, die nicht in direktem Zusammenhang mit dem eigenen Land stehen, jedoch als Auswirkungen des Syrienkonflikts gewertet werden können.

Bedenkt man, dass der übersetzte Artikel schon fünf Tage nach der Erklärung des Abkommens zwischen der EU und der Türkei veröffentlicht wurde, so ist die anschließende Bemerkung, dass sich die Umsetzung der Vereinbarung nach wie vor als schwierig gestaltet, möglicherweise etwas frühzeitig getroffen. Ein Blick in die spätere Berichterstattung jedoch lässt erkennen, dass die Umsetzung des Abkommens – mehreren deutschsprachigen Pressemeldungen zufolge – auch Monate später tatsächlich nur sehr schleppend voranging. So weist eine Kurzmeldung der „Deutschen Welle“ darauf hin, dass die Hilfe für Griechenland längst nicht in dem versprochenen Umfang umgesetzt wurde, vor allem was die Unterstützung durch verschiedene Experten (Asyl-Experten, Dolmetscher und Juristen) betrifft (SC/cr., Deutsche Welle). Außerdem sei die bisherige Zahl der Abschiebungen von den Ägäis-Inseln in die Türkei deutlich geringer als erwartet und die dazu notwendigen Verfahren bräuchten erheblich länger (Riegert 2016).

Der im letzten Abschnitt des ersten Teils erwähnte Besuch der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini hatte vor allem die Vertiefung der „starken“ EU-Libanon Beziehungen und die Diskussion um die gemeinsame Herausforderung im Syrienkonflikt, den Schutz und die Unterbringung der Flüchtlinge und den Kampf gegen den Terrorismus zum Ziel. Mogherini traf sich dazu mit den politischen Führern Libanons und besuchte das Flüchtlingscamp Bar Elias in der Bekaa-Ebene. Auf einer dem Treffen mit dem libanesischen Premierminister Tammam Salam folgenden Pressekonferenz betonte sie die starke Beziehung und langanhaltende Freundschaft zum Libanon;

„[...]we both are working hard in these very difficult times for our region. I say our region because we share the region, starting from the security situation, the threats that are posed to Lebanon but also to all of the Mediterranean and Europe.” (EEAS 03.2016).

Während Mohammad in seinem Kommentar moniert, dass Mogherini für die Zusage von Hilfsleistungen keine konkreten Angaben lieferte, soll sie zumindest auf der oben erwähnten

Pressekonferenz von einer Erhöhung der finanziellen Unterstützung um 1,5 Milliarden gesprochen haben. Zu bemerken ist hierbei, dass Namar lediglich von der finanziellen Unterstützung schreibt. Die versprochene politische Unterstützung der EU zur Stabilisierung staatlicher Institutionen, die Notwendigkeit, einen Präsidenten zu wählen, und die Kooperation mit dem Libanon, um Syrien aus der Krise zu helfen und die syrische Bevölkerung auf humanitärer Ebene zu unterstützen, erwähnt er nicht (Ebd.). Dies entspricht den Beobachtungen in der wissenschaftlichen Literatur, dass in der libanesischen Wahrnehmung vor allem die wirtschaftliche Stärke der EU im Mittelpunkt steht (Vgl. Santini et al. 2010).

Anschließend kommt der libanesischer Sozialminister Rašīd Derbās zu Wort, der versichert, dass das Abkommen keine bedeutenden Auswirkungen auf den Libanon haben werde und ein solches auch keine Option für den Libanon sei, da für ihn die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Länder Priorität sei. Auf diese Ansicht gründet der ungenau bestimmte Status der syrischen Flüchtlinge, die keinen eigentlichen Flüchtlingsstatus mit den entsprechenden Rechten bekommen, sondern lediglich als vorübergehende „Gäste“ aufgenommen werden. Damit bleibt den meisten eine nachhaltige Integration in die Gesellschaft verwehrt, was sich als äußerst problematisch erweist, wenn man bedenkt, dass es Jahre dauern kann bis Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können, wenn überhaupt (Fargues 2014: 3).

Im gesamten zweiten Teil des Kommentars lässt Namar den Wirtschaftsexperten Ghāzī Waznī zu den Auswirkungen des Abkommens für den Libanon zu Wort kommen. Ebenso wie Derbās erwartet dieser keine bemerkenswerten Auswirkungen auf den Libanon durch das Abkommen. Er stellt die Verhandlungen der Türkei mit der EU im Rahmen des Abkommens als ein Ausnutzen der Situation zum eigenen Vorteil dar und bewertet das Verhalten der Türkei eher negativ. Nachdem er die Anzahl der syrischen Flüchtlinge in der Türkei, dem Libanon und Jordanien aufführt, geht er auf die Schließung der libanesischen Grenzen ein. Grundsätzlich wird die libanesischer Politik gegenüber den syrischen Flüchtlingen als positiv für den Libanon bewertet. Waznī äußert indirekt zwar Kritik an Europas Verhalten, das schnell von einem Willkommensprojekt zu Begrenzungsmaßnahmen überging. Gleichzeitig lässt sich jedoch Verständnis für das Agieren der EU herauslesen – angesichts der von ihm als enorm eingeschätzten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten.

Die Macht der Türkei sieht Waznī vor allem in ihrer geografischen Lage, da sie über weitläufige Grenzen zu Griechenland verfügt. Dementsprechend beschreibt der Europäische Auswärtige Dienst die Türkei als Schlüsselpartner für die EU: zum einen aufgrund ihrer Nato-

und G20-Mitgliedschaft und nicht zuletzt wegen ihrer strategischen Lage (EEAS „EU relations with turkey“). Trotz der eher negativen Bewertung der türkischen Politik meint er, der Libanon solle sich die gegebene Situation gleichermaßen zu Nutzen machen.

Am Ende des Artikels mahnt Waznī an, dass der Libanon nicht in der Lage sein werde die Krise finanziell und gesellschaftlich zu tragen, wenn nicht die entsprechende finanzielle Unterstützung geleistet würde. Er schätzt die jährlichen Kostenaufwendung für die syrischen Flüchtlinge auf 4,5 Milliarden US-\$ und weiß schon jetzt, dass der Libanon die für das Jahr 2016 geforderte Summe nicht in ihrem vollen Ausmaß erhalten wird. Dementsprechend schreibt auch der ägyptische Journalist und Nahost-Korrespondent Karim El-Gawhary in einem Artikel am 18.09.15 zur europäischen Flüchtlingspolitik, dass das UN-Flüchtlingshilfswerk mindestens 4,5 Milliarden US-\$ bräuchte um eine Grundversorgung für die Flüchtlinge leisten zu können, zu dem gegebenen Zeitpunkt jedoch weniger als 40% dieses Betrages gezahlt wurden. El-Gawhary vertritt in seinem Artikel eine ähnliche Ansicht wie die des übersetzten Kommentars von Mohammad Namar. Er schreibt von einer positiven Resonanz auf die, vor allem mit Merkel assoziierte, Willkommenskultur in der arabischen Welt. Gleichzeitig kritisiert er jedoch Stimmen, die von einem vollen Boot in Europa sprechen, aufs Schärfste. In Anbetracht der hohen Anzahl von Flüchtlingen im Libanon, deren Bevölkerungsanteil auf Deutschland umgerechnet auf 20 Millionen käme, beschreibt er die Situation in Europa als eine „Mini-Krise“ (El Gawhary 2015).

Libanons Politik gegenüber syrischen Flüchtlingen

Angaben zu Zahlen von im Libanon lebenden syrischen Flüchtlingen variieren in verschiedenen Berichten leicht. Die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt aktuell von 1,07 Mio. vom UNHCR registrierten Flüchtlingen im Libanon. Interessant hierbei ist, dass zusätzlich zu den syrischen Flüchtlingen ca. 42 000 palästinensische Flüchtlinge aus Syrien und 35.000 libanesischer Rückkehrer im Libanon leben – 450.000 palästinensische Flüchtlinge lebten bereits vor dem Ausbruch des Syrienkonfliktes im Libanon (Tabar 2016). Weiterhin gibt es Schätzungen, die von zusätzlich einer Million im Libanon lebender SyrerInnen, die sich nicht beim UNHCR registriert haben lassen, ausgehen (Hodali 2016). Seit Beginn des Syrienkonfliktes lässt sich ein durch den Flüchtlingszustrom bedingter Zuwachs der libanesischen Bevölkerung um 37% verzeichnen. Hierbei sei angemerkt, dass der Libanon im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße im internationalen Vergleich die größte Anzahl an Flüchtlingen beherbergt (Tabar 2016).

Bezüglich der politischen Agenda des Libanon gegenüber den geschätzten ca. 1,5 Mio. syrischen Flüchtlingen, die das Land aufgenommen hat, ist zu erwähnen, dass der Libanon weder die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (international gültige Rechtsgrundlage zum Schutz von Flüchtlingen) noch das erweiterte Protokoll von 1967 unterzeichnet hat und auch über keine eigenen Gesetze oder Bestimmungen bezüglich der Migration von Flüchtlingen verfügt (UNHCR („Genfer Flüchtlingskonvention“), Tabar 2016). Zudem gibt es im Libanon keine offiziellen Camps für syrische Flüchtlinge, sondern sogenannte „*Informal Tented Settlements*“ (ITS), die, wenn überhaupt, von lokalen Kommunen genehmigt sind, nicht aber offiziell vom Staat. Diese Camps lassen sich als „wilde Ansammlungen“ ohne zentrale Verwaltung beschreiben. Der Libanon hat also viel eher eine „Nicht-Politik“ gegenüber den syrischen Flüchtlingen (Schmelter 2014: 8).

Die ersten drei Jahre des Konfliktes übte der Libanon gegenüber den syrischen Flüchtlingen noch eine Politik der offenen Grenzen. Seit 2014 gibt es für syrische Flüchtlinge deutliche Einschränkungen zur Aufnahme basierend auf strengeren Grenzkontrollbestimmungen. Die im Text erwähnte Maßnahme zur Regulierung der syrischen Emigration beruht auf dem Grundsatzpapier zur Vertreibung aus Syrien, das die libanesische Regierung im Oktober 2014 verfasste und das im Januar 2015 in Kraft trat. Es beschränkt die Aufnahme syrischer Staatsangehöriger im Libanon in Bereichen wie Tourismus, Studium, Gewerbe und Durchreise und fordert urkundliche Nachweise des Aufenthaltsgrundes. Bezüglich der Flüchtlingskategorie hat das Sozialministerium bestimmte Kriterien entwickelt, die es SyrerInnen nur noch in „außerordentlichen humanitären Fällen“ erlauben einzureisen (Tabar 2016). So wurden bereits im Frühjahr und Sommer 2014 strikte Maßnahmen ergriffen; syrische Geschäfte wurden geschlossen und palästinensische SyrerInnen wurden abgeschoben und erhielten ein Einreiseverbot (Schmelter 2014: 3). Legitimation für diese Beschränkungen finden Politiker, u.a. Sozialminister Rašīd Derbās, in den unmenschlichen Bedingungen unter denen die Flüchtlinge im Libanon leben (Ebd.).

Im Zusammenhang mit den strikteren Grenzkontrollen spricht Ghāzī Waznī in dem Kommentar von einer positiven Bilanz der Zahlen durch den UNHCR – es gebe keine Zunahme syrischer Emigration, die somit ihren höchsten Punkt bereits erreicht habe. Allerdings ist anzunehmen, dass sich die Zahl der vom UNHCR registrierten Flüchtlinge zwar nicht vergrößert hat, aber tatsächlich weiterhin eine Zunahme zu verzeichnen ist, da syrische Flüchtlinge schlichtweg nicht mehr registriert werden. Denn die libanesische Regierung hat den UNHCR im Mai 2015 dazu aufgefordert neu ankommende SyrerInnen nicht mehr zu

registrieren, bis sie einen „regierungsgeführten Mechanismus“ entwickelt hat, der alle erfasst, die sich als Flüchtlinge registrieren lassen wollen (Tabar 2016).

„Auf dem Papier ist die Grenze schon seit dem vergangenen Jahr geschlossen, es werden auch keine Syrer mehr registriert. In Bar Elias wissen sie: Das ist nur ein politischer Schritt, der die Zahlen im Zaum hält, mit der Realität hat das nichts zu tun.“ (Luther 2016).

Das Abkommen

Das Türkei-EU-Abkommen basiert auf einer Erklärung des Europäischen Rates, vom 18. März 2016. In den deutschen Medien wird es oft auch als Deal oder Pakt betitelt – seine Wirksamkeit bzw. Berechtigung ist umstritten. Grundsätzlich geht es darum die „irreguläre Migration aus der Türkei in die EU zu beenden“ (Europäischer Rat 03.2016), um den Flüchtlingen eine Alternative zu den lebensgefährlichen Wegen über die Ägäis mit Schleuserbooten zu bieten. Um dies zu bewerkstelligen, soll die Türkei ab dem 20. März Flüchtlinge, die irregulär von der Türkei aus auf den griechischen Inseln angekommen sind, zurücknehmen. Für jeden in die Türkei rückgeführten syrischen Flüchtling soll ein_e andere_r Syrer_in aus der Türkei in der EU angesiedelt werden, wobei die Plätze für Neuansiedlungen vorerst auf eine Höchstzahl von 72 000 begrenzt sind. Im Rahmen dieser Verhandlungen sicherte die EU die Beschleunigung der Auszahlung der der Türkei zugewiesenen 3 Milliarden Euro zu. Wenn diese Mittel erschöpft und die daran gebundenen Verpflichtungen erfüllt sind, will die EU bis Ende 2018 weitere 3 Milliarden Euro mobilisieren. Zudem basiert die Einigung auf einer Visaliberalisierung für türkische Staatsangehörige mit einer Aufhebung der Visapflicht bis spätestens Ende Juni 2016 bei Erfüllung sogenannter Benchmarks und erneuten EU-Beitrittsverhandlungen (Ebd.). Das Abkommen ist an eine Reihe von Bedingungen und verschiedene schon bestehende rechtliche Bestimmungen und internationale Konventionen geknüpft, die hier im Einzelnen aufzuführen den Rahmen der Arbeit sprengen würde.⁴

Libanesischer Perzeption der Rolle der EU

Im Folgenden soll es um die Wahrnehmung der Rolle der EU in der libanesischen Gesellschaft und deren Repräsentation in den libanesischen Medien gehen. Dabei werde ich aufzeigen wie sich der Kommentar in diese Wahrnehmung der EU einordnen lässt.

⁴ Für detaillierte Informationen siehe: Datenblatt zum Abkommen: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-963_en.htm, EU-Türkei Beziehungen: <http://avrupa.info.tr/eu-and-turkey/history.html>, Türkische Asylpolitik: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/229957/die-asylpolitik-der-tuerkei>.

EU-Politik im Libanon

Um die politische Bedeutung der EU für den Libanon bzw. die libanesische Wahrnehmung der EU-Politik verstehen zu können, ist es unerlässlich, einen kurzen Blick auf das Interesse der EU an außenpolitischen Beziehungen mit dem Libanon zu werfen.

Die libanesische Innen- und Außenpolitik stand in jüngster Vergangenheit vor allem unter den zwei Aspekten *Non-Proliferation* und politische Instabilität im europäischen Rampenlicht. Die Stationierung mehrerer tausend Truppen verschiedener europäischer Staaten im Libanon unter der Schirmherrschaft der UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon) im Zuge der sich verschlechternden Situation im Land nach der Ermordung des damaligen Premier Ministers Rafiq Hariri 2005 zeigt die europäische Verpflichtung, in der Region als Konfliktmanager zu agieren mit dem Ziel, die territoriale Integrität des Libanon zu verteidigen und polarisierende Dynamiken von außerhalb zu beschränken. Diese Präsenz sollte weniger als transformatives Werkzeug in den Händen der internationalen Gemeinschaft verstanden werden, denn vielmehr als ein Weg, die Möglichkeit eines ernsthaften Dialogs und von Verhandlungen zwischen den verschiedenen libanesischen Akteuren zu schaffen (Santini et al. 2010: 54f). Grundlage für ein solches Eingreifen der EU in die innenpolitische Situation des Libanon bildet die im Jahr 2004 entwickelte europäische Nachbarschaftspolitik mit dem Ziel, Stabilität und Sicherheit auf ihrem Gebiet und an den europäischen Außengrenzen zu garantieren. Grundlegend hierfür ist die Annahme, dass die Sicherheit innerhalb der EU nicht unabhängig von den Beziehungen zu den entsprechenden Nachbarländern gewährleistet werden kann (Mauracher 2012: 7).

So steht der Libanon zusammen mit dem Iran im Zentrum des diplomatischen Handlungsspielraumes der EU außerhalb ihrer „Staatsgrenzen“. Aufgrund der Funktion dieser Länder als Hauptzugang zum Nahen und Mittleren Osten im Sinne einer wirtschaftlichen und handelsbasierten Durchdringung und ihrer geostrategischen Bedeutung in direkter Nachbarschaft zur EU stellen sie eine Herausforderungen für die Stabilität der EU dar (Santini et al. 2010: 52).

Die politische Elite Libanons und ihre Perspektive auf die EU

Die politischen Eliten im Libanon weisen eine tendenziell positive Wahrnehmung der EU auf, vor allem, wenn es um die ökonomischen Beziehungen geht. So sah der ehemalige libanesische Wirtschaftsminister sein Land in einer privilegierten Beziehung zur EU, die als erster strategischer Partner des Landes gesehen wird. Die zwei Bereiche Kooperation und

Demokratieförderung werden hingegen als tendenziös (*biased*) rezipiert. Auf kooperativer Ebene wird vor allem bemängelt, dass die zahlreichen Projekte verschiedener EU-Staaten ohne Koordination durchgeführt würden und, weil meist schon bestehende Initiativen lediglich dupliziert werden, keine nachhaltige Effizienz erzielt werde. Die Mängel der Demokratieförderung, die als zentrales Element der EU-Außenpolitik in der MENA-Region gilt, liegen in Unstimmigkeiten und einer wahrgenommenen Doppelmoral. Als augenscheinliches Beispiel hierfür kann die finanzielle Unterstützung Hisbollah-gesponserter NGOs seitens der EU im Süden des Libanon herangezogen werden, während sie offiziell die Hisbollah als nationale politische Kraft boykottiert. Außerdem ist die Wirkmacht der EU im Libanon aufgrund der regionalen Kräfte wie dem Iran, Syrien und Israel, deren Einfluss auf die Entwicklung der libanesischen Politik als relativ hoch eingeschätzt wird, bedeutend eingeschränkt. Generell wird das Agieren der EU von der libanesischen politischen Elite als das eines guten Freundes wahrgenommen, jedoch ohne genügend politisches Durchsetzungsvermögen, um einen bedeutenden Einfluss auf die USA oder die UN auszuüben (Santini et al. 2010: 55f).

Die Perspektive libanesischer Medien auf die EU

Eine Untersuchung der Repräsentation der EU in der libanesischen Presse von Januar 2005 bis Januar 2006 ergab, dass die Tageszeitung An-Nahār Europa und den Westen grundsätzlich als politischen und kulturellen Referenzpunkt behandelt. Im Gegensatz zur As-Safīr, die die EU-Politik mit großer Skepsis betrachtet, sieht die An-Nahār in der EU in erster Linie einen ehrlichen und loyalen Partner des unabhängigen und souveränen Libanon. Während des Libanonkriegs 2006 wurde der EU-Politik im Libanon in den beiden führenden Tageszeitungen (An-Nahār und As-Safīr) nur ein beschränkter Platz eingeräumt – mit einem Fokus auf der Verurteilung Brüssels gegenüber der „unverhältnismäßigen israelischen Reaktion“, die geringe Effizienz der rein deklaratorischen Rhetorik der EU bemängelnd. Bedeutende Kritikpunkte waren auch hier die mangelnde Koordination zwischen den einzelnen EU-Staaten und die umfassende Schwäche Europas gegenüber der Politik Washingtons in der Region (Ebd.: 61). Die Divergenz zwischen einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und den verschiedenen EU-Institutionen steht auch im Blick auf die EU-Agenda im Syrienkonflikt stark unter Kritik, wo vor allem das Embargo für die syrische Öl-Industrie (September 2011), das Einsetzen eines Waffenembargos zwischen Januar und Mai 2013 und das Verhängen mehrerer Sanktionen gegen einzelne politische Akteure in Syrien als öffentlicher Eingriff in das Konfliktgemenge zum Tragen kamen, die jedoch als ineffektiv

gewertet werden (Trombetta 2014: 32, vgl. Seeberg 2015: 23).

Bezüglich der Präsenz der EU in den arabischen TV-Nachrichten zum Beispiel auf Al-Jazeera sind europäische Nationalstaaten als Individuen immer noch wichtiger als die EU als eine ganzheitliche unabhängige Institution. Die EU gilt also eher als ein Konglomerat verschiedener Nationalstaaten denn als ein einheitlicher Block. Die EU ist für die arabische Medienwelt vor allem dann von Interesse, wenn die entsprechenden Nachrichten in direktem Zusammenhang zur arabischen Welt stehen. So werden unter anderem die Debatten um einen EU-Beitritt der Türkei, und folglich auch das Türkei-EU Abkommen, in den Medien rezipiert, da die Türkei als „muslimisches“ Land gesehen wird (Della Ratta 2010: 199f). Dennoch kann die EU in den arabischsprachigen TV-Medien als positives Vorbild einer erfolgreichen Einheit für die arabische Welt (soft power) betrachtet werden (Ebd.: 202.) Ein weiterer Faktor, der die Wahrnehmung der EU-Politik im Libanon maßgeblich beeinflusst und damit die Rezeption der EU in den Printmedien sind die Weltanschauungen der politischen Akteure.

„In general, the main political actors' worldviews have as much to do with historical narratives and political self-perceptions as with current readings of international relations and the preference for a specific international system that would most benefit their country.” (Santini et al. 2010: 61)

Auf der Grundlage des historischen Erbes Libanons, das sich vor allem durch kontinuierliches Verhandeln über seine Kontrolle in der Region und fortwährende Instabilität auszeichnet, können zwei dominante Weltanschauungen ausgemacht werden. Zum einen wird der Zustand der Welt in einigen Zeitungen – u.a. in der *As-Safir* – als anarchisch verstanden und die Meinung vertreten, der Libanon soll der Machtpolitik des Nahen Osten überlassen werden. Zum anderen herrscht die Präferenz eines multilateralen Kräfteverhältnisses vor, das eine Kooperation mit der EU und deren Agenda der Demokratieförderung positiv bewertet, da die Widerstandsfähigkeit und das Bestehen Libanons in erster Linie vom Zusammenspiel verschiedener internationaler Akteure abhängig gemacht wird. Die EU gilt hier also als internationaler politischer Akteur, der in die Sicherheit des Landes investiert. Der Grund dieser multilateralen Sicht im Libanon liegt im Selbstbild der Schwäche des eigenen Staates und damit der Notwendigkeit, in einem internationalen Rahmen zu agieren, um das Überleben des Staates zu sichern (Ebd.: 62). Um ein solches Selbstverständnis zu verstehen lohnt es sich einen Blick auf die Außenpolitik des Landes zu werfen, die in außenpolitischen Beziehungen eine deutliche Abhängigkeit bzw. Einflussnahme von außen aufweist. So verfügte das Land trotz der Erlangung der vollständigen Unabhängigkeit 1943 nie über eine absolute Souveränität, da diese von Israel, Syrien, dem Iran und auch von der PLO weitestgehend missachtet wurde. Folglich konnte keine libanesische Regierung eine eigene Außenpolitik betreiben, da die außenpolitischen Leitlinien durch die Einflussnahme dieser Akteure auf

politische Entscheidungsprozesse maßgeblich bestimmt wurden (Munoz-Perez/Phil 2015: 181).

Dieses Selbstbild des schwachen Staates, der auf Hilfe von außen angewiesen ist, lässt sich sehr deutlich in dem vorliegenden An-Nahār Artikel erkennen. Schon im ersten Absatz des Kommentars ist die Rede von dem „kleinen und schwachen“ Libanon, der die internationale Gemeinschaft um Hilfe „anflehen“ muss. So sieht auch der zitierte Wirtschaftsminister Ghāzī Waznī den Libanon nicht in der Lage, die Krise aus eigenen finanziellen und gesellschaftlichen Ressourcen heraus zu bewältigen – man ist angewiesen auf internationale Unterstützung.

Die Wahrnehmung einer Diskrepanz zwischen der Rhetorik und dem, was wirklich getan bzw. erreicht wird, die generell in den libanesischen Tageszeitungen zu erkennen ist, kommt in dem Kommentar zu den Auswirkungen des Türkei-EU Abkommens ebenfalls deutlich zum Ausdruck (Santini et al. 2010: 65). Schon längst fällige Zusagen von Hilfsleistungen werden scheinbar nicht eingehalten und der Libanon wartet vergeblich auf konkrete Unterstützung. So ist auch der Besuch Mogherinis, der die Krise der syrischen Flüchtlinge im Libanon zwar wieder auf den Schauplatz der öffentlichen Debatte brachte, jedoch wenig Hoffnungen auf tatsächlich ausreichende Hilfsleistungen machte, lediglich als ein rhetorischer Akt der Zuwendung zu werten. Die EU scheint Hoffnungsträger für Hilfe von außen zu sein, wenn sie nicht sogar mit in die Verantwortung für die Bewältigung der Krise gezogen wird.

Eben jene Widersprüche zwischen den rhetorischen und praktischen Maßnahmen der EU, ungenügende Koordination einzelner EU-Projekte und Institutionen sowie Schwierigkeiten, die Lage vor Ort zu beurteilen, werden der EU auch in ihrem diplomatischen Vorgehen im Syrienkonflikt von Seiten des European Council of Foreign Relations (ECFR) vorgeworfen (Trombetta 2014: 27f). Die Außenperspektive auf die EU im Hinblick auf ihre Außen- und Sicherheitspolitik im Syrienkonflikt und die damit zusammenhängenden Maßnahmen insbesondere in der Flüchtlingspolitik ist demnach vor allem geprägt von der Wahrnehmung einer großen Dissonanz zwischen der Selbstrepräsentation und Rhetorik der EU und ihrer tatsächlichen Fähigkeit unterstützend einzugreifen, was zu einem Verlust der Glaubwürdigkeit der EU-Agenda führt (Ebd.: 38).

Fazit

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich der übersetzte Kommentar zum einen in die Reihe der Kritiker des Abkommens einordnen lässt und zum anderen in seiner Regierungsnähe die in den libanesischen Medien und der libanesischen Elite

vorherrschende Wahrnehmung der EU als wirtschaftsstarke Macht widerspiegelt, deren Agieren nicht zwangsläufig ihrer öffentlichen Rhetorik entspricht. Dementsprechend geht es in dem übersetzten Kommentar in erster Linie um finanzielle Unterstützung, während die politische Komponente der EU-Agenda (Transformation und Demokratieförderung) vernachlässigt wird. Eine ähnliche Wahrnehmung der EU lässt sich auch im Zusammenhang mit dem Syrienkonflikt erkennen. Auch hier spielen vor allem finanzielle Hilfsleistungen durch externe Akteure für die jeweiligen Konfliktparteien eine bedeutende Rolle. So lässt sich die These aufstellen, dass der Syrienkonflikt vor allem auch aufgrund der Intervention der verschiedenen externen Akteure, die die Konfliktparteien unterstützten, weiter andauert bzw. andauern wird (Fisher 2016).

Literaturverzeichnis

- Dabbous, Yasemine T. 2010. "Media with a Mission: Why Fairness and Balance Are Not Priorities in Lebanon's Journalistic Codes". In: *International Journal of Communication* 4, 719-737.
- Dajani, Nabil. 2013. „The Myth of Media Freedom in Lebanon“. In: *Arab Media and Society* 18, 1-9.
- Della Ratta, Donatella. 2010. „Non-Western media and the EU: perspectives from Al Jazeera.“ In: Sonia Lucarelli/ Fioramonti Lorenzo (ed.). *External Perceptions of the European Union as a Global Actor*. London: Routledge, 195-206.
- Fargues, Philippe. 2014. „Europe must take on its share of the Syrian refugee burden, but how?“. In: Migration Policy Centre, Policy Briefs 01, 1-5.
- Mauracher, Magdalena. 2012. „Die Europäische Nachbarschaftspolitik im Libanon.“ Universität Wien.
- Munoz-Perez, Bruno/Maria-Dolores Phil. 2015. „Libanon“ In: Wolfgang Gieler (ed.). *Handbuch Außenpolitik Nahost: Eine grundlegende Einführung in die Außenpolitik der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens*. Berlin, Münster: LIT, 181-190.
- Müller-Funk, Lea S. 2010. „Die Hizbullah im Blickwinkel der libanesischen Printmedien. Eine Medienanalyse des Libanonkrieges 2006.“ Universität Wien.
- Nötzold, Katharina. 2015. „Libanon: Freie Medien im Dienste ihrer Zahlmeister.“ In: Carola Richter/Asiem El Difraoui (edd.). *Arabische Medien*. Konstanz, München: UVK Verlags GmbH, 215-226.
- Rugh, William A. 2004. *Arab mass media: Newspapers, radio, and television in Arab politics*. Westport, Connecticut [u.a.]: Praeger.
- Santini, R. et.al. 2010. „Taking the lead: EU mediation role assessed by Iran and Lebanon“. In: Sonia Lucarelli/ Fioramonti Lorenzo (ed.). *External Perceptions of the European Union as a Global Actor*. London: Routledge, 52–69.
- Seeberg, Peter. 2015. „The EU and the Syrian Crisis: The Use of Sanctions and the Regime's Strategy for Survival.“ In: *Mediterranean Politics* 20/1, 18–35.

Schmelter, Susanne. 2015. „Forschungsbericht Libanon. Perspektiven anthropologischer Forschung im Spannungsfeld zwischen Humanitarismus, Containment und Widerständigkeit.“ In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1/1, 1-13.

Trombetta, Lorenzo. 2014. „The EU and the Syrian crisis as viewed from the Middle East.“ In: *The International Spectator* 49/ 3, 27–39.

Internetquellen

El Gawhary, Karim. 18.09.2015. „Die arabische Sicht auf die europäische Flüchtlingskrise. Lächerliches Gezerre.“ *Qantara.de*. <http://de.qantara.de/inhalt/die-arabische-sicht-auf-die-europaeische-fluechtlingskrise-laecherliches-gezerre> (zuletzt überprüft am 26.09.2016).

Fisher, Max. 26.08.2016. „Syria’s Paradox: Why the War Only Ever Seems to Get Worse.“ *New York Times*. http://www.nytimes.com/2016/08/27/world/middleeast/syria-civil-war-why-get-worse.html?_r=1 (zuletzt überprüft am 30.09.2016).

Hodali, Diana. 31.05.2016. „Innerstaatliche Konflikte. Libanon.“ *Bundeszentrale für politische Bildung*. <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54644/libanon> (zuletzt überprüft am 26.09.2016).

Luther, Carsten. 28.07.2016. „Wir werden niemals akzeptieren, dass sie für immer bleiben.“ *Zeit online*. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-07/libanon-fluechtlinge-syrien-bekaa> (zuletzt überprüft am 26.09.2016).

Riegert, Bernd. 03.08.2016. „Flüchtlingspakt: Griechenland ist das Nadelöhr.“ *Deutsche Welle*. <http://www.dw.com/de/fluechtlingspakt-griechenland-ist-das-nadeloehr/a-19446777> (zuletzt überprüft am 23.09.2016).

SC/cr. „EU lässt Griechenland mit Flüchtlingen immer noch allein“. 02.08.2016. *Deutsche Welle*. <http://www.dw.com/de/eu-1-%C3%A4sst-griechenland-mit-fluechtlingen-immer-noch-allein/a-19442860> (zuletzt überprüft am 23.09.2016).

Tabar, Paul. 26.05.2016. „Bestimmungen und Politiken gegenüber syrischen Flüchtlingen im Libanon.“ *Bundeszentrale für politische Bildung*. <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/228363/bestimmungen-und-politiken> (zuletzt überprüft am 26.09.2016).

„Erklärung EU-Türkei, 18. März 2016.“ 18.03.2016. *Europäischer Rat. Rat der europäischen Union*. <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/03/18-eu-turkey-statement/> (zuletzt überprüft am 26.09.2016).

„EU relations with Turkey“. Ohne Datum. *European Union External Action*. <http://www.eeas.europa.eu/turkey/> (zuletzt überprüft am 23.09.2016).

„Genfer Flüchtlingskonvention.“ Ohne Datum. *UNHCR The UN Refugee Agency*. <http://www.unhcr.de/mandat/genfer-fluechtlingskonvention.html> (zuletzt überprüft am 26.09.2016).

„Mogherini stresses EU solidarity with Lebanon amid Syria crisis“. 21.03.2016. *European Union External Action*. http://collections.internetmemory.org/haeu/content/20160313172652/http://eeas.europa.eu/top_stories/2016/210316_mogherinistressessoldarietywithlebanonamidysriacrisis_en.htm (zuletzt überprüft am 23.09.2016).